



## Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371  
E-Mail: [gunther.krichbaum@bundestag.de](mailto:gunther.krichbaum@bundestag.de)  
[www.gunther-krichbaum.de](http://www.gunther-krichbaum.de)

# Berlin aktuell

## Sorgfalt geht vor Eile

Keine schlechte und verfassungswidrige Lösung für die Job-Center

**Das Bundesverfassungsgericht hatte in einer Entscheidung vom Dezember 2007 geurteilt, dass der Aufbau der ab Januar 2003 errichteten Jobcenter dem Grundsatz eigenverantwortlicher Aufgabewahrnehmung durch die Kommunen widerspricht. Das Bundesverfassungsgericht gab dem Gesetzgeber eine Frist bis Ende 2010, um die bemängelten Strukturen zu verändern.**

Die Unionsfraktion hat nun in dieser Woche eine schlechte und verfassungswidrige Lösung zur Zukunft der Jobcenter, die von Bundesarbeitsminister Scholz vorgelegt wurde, verhindert. Wir sind der Auffassung, dass eine Änderung des Grundgesetzes nicht der richtige Weg ist, zumal die bemängelten Strukturen der Jobcenter im Wesentlichen in den vom Bundesarbeitsministerium vorgeschlagenen Zentren für Arbeit und Grundsicherung (ZAG) weitergeführt werden sollen. Die Verfassungswidrigkeit der derzeitigen Zusammenarbeit darf nicht dadurch gelöst werden, dass diese, vom BVerfG gerügte, intransparente Form der Mischverwaltung unter neuem Namen im Grundgesetz verankert wird. Bereits aus verfassungspolitischen Gründen war der Vorschlag vom Bundesarbeitsminister daher fragwürdig.

Zu dieser grundsätzlichen Überlegung gesellt sich allerdings noch die Frage nach der Umsetzbarkeit der Vorschläge. Der Gesetzentwurf von Scholz sah den Aufbau von 370 neuen Behörden und zahlreicher Gremien für jede dieser Behörden vor. Die notwendigen Abstimmungen zwischen den einzelnen Organen hätten in der Konsequenz dazu geführt, dass die Argen sich nicht um die Arbeitslosen gekümmert, sondern nur noch mit sich selbst beschäftigt gewesen wären. Darüber hinaus ergeben sich durch die notwendigen Personalverstärkungen dauerhaft erhebliche Mehrkosten. Die Schaffung von Zentren für Arbeit und Grundsicherung als einer

neuen staatlichen Instanz ohne Einbeziehung der Kommunen lehnen wir vor dem Hintergrund unserer Bemühungen um den Abbau von Bürokratie ab.

Nach dem ablehnenden Beschluss der CDU/CSU Bundestagsfraktion kündigte Minister Scholz Mitte dieser Woche die vertragliche Absicherung der Jobcenter in ihrer gegenwärtigen Form bis zu einer neuen Regelung an. Diese Maßnahme des Ministers zeigt, dass die Panikmache der SPD gegenüber den Betroffenen zu jeder Zeit unverantwortlich war.

Daher noch einmal zur Klarstellung: Bis Ende 2010 kann in den Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen weitergearbeitet werden wie bisher. Die Regelungen, die die Leistungen für Arbeitslosengeld II Empfänger betreffen, sind von dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht betroffen. Kein Arbeitslosengeld II-Empfänger muss daher um seine Hilfe fürchten. Bis Ende 2010 wird eine Nachfolgelösung für die Arbeitsgemeinschaften gefunden sein, die – im Gegensatz zum Vorschlag der SPD – den Ansprüchen unserer Verfassung genügt.

Der Unionsfraktion kommt es hier nicht auf eine voreilige Verfassungsänderung an, sondern auf eine sorgfältig erarbeitete Reform. Ziel von CDU und CSU war es immer, die kommunale Selbstverantwortung in diesem Bereich zu stärken, und den Kreisen und Kommunen die richtigen Instrumente an die Hand zu geben, egal ob sie ihre Leistungen getrennt von der Arbeitsagentur erbringen, mit der Arbeitsagentur vor Ort auf freiwilliger Basis zusammenarbeiten oder für die alleinige Trägerschaft optieren. Diese Forderungen an die Zukunft der Jobcenter zeigen, dass das Zusammenspiel von Fördern und Fordern und der Fokus auf die rasche Wiedereingliederung der Hilfeempfänger in den Arbeitsmarkt die zentralen Ziele der Unionsfraktion bleiben.

### **Trauer und Entsetzen über Amoklauf**

Der schreckliche Amoklauf in Winnenden in der vergangenen Woche hat uns alle entsetzt. Unsere Gedanken sind bei den Opfern und ihren Angehörigen. Auch den Freunden und Mitschülern der Getöteten gehört unser tiefes Mitgefühl. Unser tiefer Dank gilt den Lehrern, Seelsorgern und Psychologen, die die Schüler betreuen, sowie all denjenigen, die den Freunden und Angehörigen der Opfer helfen, mit den unfassbaren Erfahrungen zurechtzukommen. Wir werden sorgfältig prüfen, wie die Politik noch mehr dazu beitragen kann, derartige Katastrophen in Zukunft zu verhindern. Wir wissen aber auch: Absolute Sicherheit kann es nie geben. Auch die Möglichkeiten des Gesetzgebers sind hier begrenzt. Der rasche Ruf nach schärferen Gesetzen ist zwar verständlich, er kann aber eine sorgfältige Analyse von Ursache und etwaigen Verbesserungsmöglichkeiten nicht ersetzen. Wir müssen auch in einer so schweren Situation einen klaren Kopf bewahren und verantwortungsvoll nach Möglichkeiten zu echten Verbesserungen suchen, statt Symbolpolitik zu betreiben.

### **Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat**

Die Bundeskanzlerin hat in dieser Woche zum Europäischen Rat am 19./20. März 2009 in Brüssel und zum G-20-Gipfel am 2. April 2009 in London eine Regierungserklärung abgegeben. Der Europäische Rat wird sich im Schwerpunkt mit Fragen zur Bekämpfung der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise beschäftigen und eine europäische Position für den G-20-Gipfel am 2. April 2009 in London beschließen. Die Finanzmarktkrise ist die bisher wohl größte wirtschaftliche und politische Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Wir haben jetzt die Möglichkeit, die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen und uns vor neuen Verwerfungen auf den Finanzmärkten zu schützen. Zentrale Ansatzpunkte des nun in Gang gesetzten Koordinierungsprozesses sind für uns größere Transparenz, eine angemessene Risikounterlegung von Finanzprodukten, verbindliche Verhaltensregeln für Ratingagenturen und effektiveres Risikomanagement bei den Banken. Intensive globale Kooperation ist unverzichtbar. Wir unterstützen die Bun-

desregierung darin, die bereits vor zwei Jahren unter der deutschen G8-Präsidentschaft in Heiligendamm begonnene Transparenzinitiative sowohl in der Europäischen Union als auch in den internationalen Gremien weiter voranzutreiben.

### **Entfernungspauschale wieder eingeführt**

Der Bundestag hat die Wiederaufnahme der alten Rechtslage bei der Pendlerpauschale gesetzlich geregelt. Damit wird die Pendlerpauschale unbefristet wieder hergestellt. Auch höhere Aufwendungen für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel sind danach wieder als Werbungskosten oder Betriebsausgaben absetzbar.

### **Absetzbarkeit von Kassenbeiträgen**

Im Bundestag begann in dieser Woche die Debatte über deutlich verbesserte steuerliche Absetzbarkeit von Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung. Die Neuregelungen gelten für gesetzlich wie privat Krankenversicherte und Pflegeversicherte gleichermaßen. Darüber hinaus ist vorgesehen, dass privat Krankenversicherte erstmals die entsprechenden Beiträge für ihre mitversicherten Kinder steuerlich vollständig absetzen können. Die Union wehrt sich dabei aber gegen die Pläne des Finanzministeriums, gleichzeitig die Absetzbarkeit von Beiträgen zur Haftpflicht-, Berufsunfähigkeits- und Unfallversicherung zu streichen.

### **Deutschland ist Vorreiter bei der Aufnahme irakischer Christen**

Deutschland ist innerhalb der EU mit der Aufnahme der ersten von 2.500 irakischen Kontingentflüchtlingen - insbesondere der am meisten verfolgten Christen - Vorreiter in Europa. Auch die anderen europäischen Staaten sind aufgefordert, ihren Beitrag zur Umsetzung des EU-Beschlusses vom November 2008 zu leisten, demzufolge 10.000 irakischen Flüchtlingen Schutz zugesagt wurde. Angesichts der anhaltenden Not in den Nachbarstaaten Syrien und Jordanien, wo sich die meisten Flüchtlinge aufhalten, und der weiterhin bestehenden Verfolgung von Christen in großen Teilen des Irak darf es nicht bei der jüngsten Kehrtwende einiger EU-Länder bezüglich der Aufnahme bleiben.